

# ÖKOWELT

ABFALLPOLITIK

# Life in plastic, not so fantastic

Joël Adami

**Das Europaparlament hat Ende Oktober ein Verbot für Einweg-Plastikprodukte beschlossen. Mit dem größten Problem für die Ozeane hat das jedoch wenig zu tun.**

„Die Verschmutzung der Ozeane mit Plastik ist irreversibel und ein globales Phänomen“, schreibt die Wissenschaftlerin Patricia Villarrubia-Gómez in einem Artikel in der Fachzeitschrift „Marine Policy“. Damit seien zwei der drei Kriterien für einen „planetary boundary threat“ gegeben. Dieser Begriff bezeichnet die Belastungsgrenzen der Erde. Bisher wurden darunter Bedrohungen wie das Ozonloch, der Klimawandel, das Artensterben, die Versauerung der Ozeane oder auch Veränderungen in biogeochemischen Kreisläufen durch die Einbringung von Phosphor- und Stickstoffdüngern verstanden. Die Wissenschaftlerin plädiert in ihrem Artikel dafür, das viele Plastik in den Weltmeeren als eine Gefahr, die das globale Ökosystem in Bedrängnis bringen könnte, einzustufen.

Das EU-Verbot für Einweg-Plastikprodukte könnte ein Schritt in die richtige Richtung sein, vermutlich geht es jedoch nicht weit genug und ist vor allem eine Reaktion auf das chinesische Importverbot von Plastikmüll.

Das Problem in den Meeren ist neben der sichtbaren Plastikverschmutzung nämlich auch das Mikroplastik, das nicht nur aus sich zersetzendem Müll entsteht, sondern auch aus anderen Quellen kommt. In Luxemburg will eine Petition ein Verbot von Plastikverpackungen durchsetzen – während das Großherzogtum mit der Einführung des Éco-Sac eine Vorreiterrolle in der Bekämpfung der Plastiktüten eingenommen hat, bleibt in der Abfallwirtschaft noch viel zu tun.

## Gibt es in Straßburg kein McDonald's?

Die luxemburgische EU-Abgeordnete Tilly Metz (Déi Gréng) freute sich am 24. Oktober über das Ergebnis der Abstimmung: „Plastikmüll muss raus aus den Meeren. Mikroplastik tötet Tiere im Meer und gefährdet die Gesundheit der Menschen. Das Plastikzeitalter muss ein Ende haben“, hieß es in einer Pressemitteilung. Metz ist bei Weitem nicht die Einzige, die sich über den Parlamentsbeschluss gefreut hat. Verboten werden soll vor allem Einweg-Plastik, „wenn Alternativen existieren“. Dazu gehören Plastikteller und -besteck, Wattestäbchen, Strohhalm und Luftballon-Haltestangen.

Auch sogenannter „oxo-abbaubarer“ Kunststoff wird verboten. Es handelt sich dabei um Materialien, die sich relativ schnell in kleine Stücke zersetzen, wenn sie mit Sonnenlicht und Sauerstoff in Berührung kommen. Allerdings werden die Kunststoffstückchen nicht biologisch abgebaut und verbleiben als Mikroplastik in der Natur. Diese Kunststoffe werden vor allem in der Landwirtschaft als Mulchfolien oder in Düngeperlen verwendet. In Frankreich sind diese Produkte bereits ab nächstem Jahr verboten. Auf der Abschlusliste des Parlaments stehen auch Einweg-Getränkebecher oder Lebensmittelbehälter aus geschäumtem Polystyrol, gemeinhin bekannt unter dem Markennamen „Styropor“.

Einwegprodukte aus Kunststoff, für die „keine Alternative besteht“, sollen bis 2025 „in ambitionierter und nachhaltiger Weise“ reduziert werden. Etwas ratlos macht die Frage, ob die 571 Parlamentarier\*innen, die für den Text gestimmt haben, noch nie bei McDonald's waren. Es werden nämlich explizit Burger-Verpackungen als solche alternativlosen Kunststoffprodukte genannt. Der genannte Fast-Food-Gigant verpackt seine Hamburger jedoch, wie viele andere derartige Restaurants ebenfalls, in Kartonverpackungen.

Auch Zigarettenstummel sollen einerseits von Plastik befreit und andererseits nicht mehr in der Umwelt landen: bis 2025 soll die Menge um die Hälfte reduziert werden, bis 2030 sogar um 80 Prozent. Während die Zigaretten von noch mehr Warnungen verschont bleiben werden, sollen andere Einweg-Plastikprodukte mit großen Hinweisen ausgestattet werden, die die Konsument\*innen zum Recycling auffordern. Außerdem sollen Fischernetze, die im Meer verloren gehen, wieder eingesammelt werden: Bis 2025 soll das bei der Hälfte passieren, außerdem sollen 15 Prozent davon recycelt werden. Ebenfalls bis 2025 sollen Plastikflaschen aus mindestens 35 Prozent recyceltem Material bestehen.

## Der letzte Strohhalm

Produzent\*innen von Müll, der in der Umwelt landet, sollen von den EU-Mitgliedstaaten künftig zur Kasse gebeten werden. Einen proportionalen Anteil an den Reinigungskosten von sogenanntem „Littering“, also Müll, der sich vor allem an Straßenrändern wiederfindet, sollen sie künftig zahlen müssen. Allerdings muss die Kommission hier noch Richtlinien festlegen, wie diese Kos-

Vor der Abstimmung sammelte eine Gruppe von Europa-Abgeordneten vor dem Parlament Müll. Im Bild Angélique Delahaye von der EVP.



FOTO: MARC DOSSMANN / © EUROPEAN UNION 2018 - SOURCE : EP

ten berechnet werden sollen. Eventuell werden hier in erster Linie die Konsument\*innen durch höhere Preise zahlen müssen. Auch die Tabakindustrie wird sich an den Kosten der Beseitigung von Zigarettenstummeln und für Präventionsmaßnahmen beteiligen müssen.

Das EU-Parlament hat über eine ungewöhnlich hohe Zahl an Änderungsanträgen abgestimmt, laut Tilly Metz ist das Gesetzesprojekt nun wesentlich ambitionierter als der Vorschlag der EU-Kommission. Noch ist das Einwegplastik-Verbot nicht in trockenen Tüchern: Der Minister\*innenrat muss noch seine Zustimmung geben beziehungsweise Änderungsvorschläge machen, die das Parlament dann erneut absegnen muss. Die Plastikindustrie ist nicht besonders glücklich über die Aussicht, schon bald mit Verboten und verpflichtenden Recyclingquoten konfrontiert zu sein. „Verbote sind keine Lösung. Sie werden nötige Investitionen in Recyclingtechnologie verhindern. Die Gründe für Meeresverschmutzung sind schlechtes Abfallmanagement, fehlendes Bewusstsein und Littering: diese Gründe sind unabhängig vom Materialtyp“, schreibt beispielsweise der Lobbyverband Plastics Europe in einer Pressemitteilung. Besonders das

Styropor-Verbot scheint der Lobby zu diskriminierend.

Andere legen da schon stichhaltigere Gründe für Diskriminierung vor. Das Strohalm-Verbot ist nicht nur in Europa ein Thema, sondern auch in den USA. Dort wurde über den Sommer teilweise sehr heiß darüber diskutiert, ob so ein Verbot nicht unerwünschte Nebenwirkungen hat. Behinderte Menschen haben nämlich darauf aufmerksam gemacht, dass viele von ihnen auf Strohhalme zum Trinken angewiesen sind. Der Strohalm mit Knick wurde von dem Amerikaner Joseph Friedman erfunden. Nachdem sich jahrelang niemand für seine Erfindung interessierte, wurden Krankenhäuser darauf aufmerksam, dass ein Strohalm, dessen Spitze sich flexibel verstellen lässt, eine enorme Hilfe für Patient\*innen, die nicht aufrecht sitzen konnten, war. Alternativen aus Metall, Papier, Bambus oder Glas haben alle Nachteile, die sie für bestimmte Gruppen von Behinderten zu einem Risiko machen. Das Totalverbot sollte an dieser Stelle also nochmal überdacht werden.

Die öffentliche Debatte um Plastikmüll im Ozean dominieren Bilder von verschmutzten Stränden und Küstengegenden. Die erschreckenden Videos, in denen wahrhaftige Inseln aus

Kunststoff zu sehen sind, gehen um die Welt. Und sie eignen sich zwar gut dazu, das Problem zu illustrieren, zeigen jedoch nur einen kleinen Teil davon. 200 Millionen Tonnen Plastik schwimmen im Meer, was zwei Prozent der gesamten Kunststoffproduktion seit 1950 entspricht. Ein Großteil davon – manche Quellen gehen von zwei Dritteln aus – ist jedoch Mikroplastik, also kleinste Partikel, die mit bloßem Auge kaum zu erkennen sind.

### Das wahre Problem ist kleiner

Der Plastikabfall, der achtlos weggeworfen wird oder auf anderen Wegen in die Weltmeere gelangt, zersetzt sich langsam und wird so zu Mikroplastik. Allerdings sind die größten Quellen für Mikroplastik in den Meeren synthetische Fasern wie Polyester und Nylon, die sich beim Waschen aus der Kleidung lösen, und der Abrieb von Autoreifen. Beides macht etwa zwei Drittel der Partikel aus. „Die Grünen im Europaparlament setzen sich dafür ein, eine Methodologie aufzustellen, welche Reifen am wenigsten Abrieb haben, um diesen Abrieb zu reduzieren“, so Metz dazu, „außerdem sollten die Hersteller für die Kosten, die durch Mikroplastik in der Umwelt entstehen, aufkommen.“

Das urbane Leben verursacht ebenfalls viel „Plastikstaub“, der etwa von Schuhsohlen oder Kunstrasen stammt. Die Kunststoffperlen, die Kosmetikprodukten oder Zahnpasta zugesetzt werden, sind für ein bis zwei Prozent des Mikroplastiks in den Ozeanen verantwortlich. Die Kosmetikindustrie hat versucht, ein Verbot durch „freiwilligen Verzicht“ zu verhindern. Allerdings sind immer noch viele Produkte mit solchen kleinen Plastik Kügelchen auf dem Markt. Da es Alternativen gibt und ein Verzicht nicht unbedingt sehr kostspielig ist, ist ein Ausstieg aus den Mikroperlen innerhalb des nächsten Jahrzehnts jedoch durchaus denkbar, wie der Politikwissenschaftler Peter Dauvergne von der University of British Columbia, der sich mit Plastik-Politik beschäftigt, in einem wissenschaftlichen Paper schreibt.

Er hält das Plastikproblem jedoch grundsätzlich für ein Politikfeld, das sehr schwer anzugehen ist. „Es ist außergewöhnlich schwierig, die Verschmutzung überhaupt zu dokumentieren und noch schwieriger, die Verantwortlichen zu benennen“, schreibt Dauvergne. Die Plastikindustrie ist in den letzten zwei Jahrzehnten enorm gewachsen, alleine zwischen 2005 und 2018 wurde so viel Plastik wie in

# ÉMMENT / ANNONCE

FOTO: BEN MIEREMENT, NOAA NOS



Plastiktüten zersetzen sich nicht nur zu Mikroplastik, sondern können auch von Fischen für Quallen gehalten werden – mit fatalen Folgen.

der gesamten Zeit davor produziert.

## Europäischer Müll, Asiatische Verschmutzung

Woher stammt eigentlich das Plastik im Meer? Makroplastik, das über fünf Millimeter groß ist, stammt zu einem Fünftel von Schiffen, vor allem

aus der Fischerei. Mikroplastik hingegen stammt zu 98 Prozent von den Kontinenten. Als Herkunftsregion für den allergrößten Anteil des Plastikmülls gilt gemeinhin Asien, insbesondere China, Vietnam, Thailand, Indonesien und die Philippinen. Das liegt einerseits daran, dass die Plastikproduktion in Asien seit den 1990er-

Jahren enorm zugenommen hat und viele Kunststoffprodukte auch dort gekauft werden. China und Indien verfügen zum Großteil nicht über Kläranlagen, die synthetische Fasern auffangen können, wie dies in Europa und Nordamerika der Fall ist.

Allerdings importierte China lange Zeit sehr viel Plastikmüll aus der EU: 40 bis 50 Prozent des in Europa gesammelten Plastiks wurde zum „Recycling“ exportiert, ohne dass jedoch die Qualitätskriterien, die eigentlich bestanden, überprüft wurden. Das Importverbot für fremden Müll, das seit Anfang 2018 in China in Kraft ist, ist also sicherlich ein Faktor, der die Kommission dazu bewegte, das Thema Einweg-Plastik anzugehen. Dem stimmt auch Tilly Metz zu: „Die Gesetzgebung zu Plastik war schon länger am Kommen, aber man kann sagen, dass das chinesische Verbot zumindest indirekt, sozusagen als Katalysator, dazu beigetragen hat, dass es schneller voranging.“ Das heißt allerdings nicht, dass nicht mehr Plastikmüll in Südostasien landet, zum Beispiel in Indonesien oder Vietnam, wo die Standards für Recyclinganlagen noch niedriger sind als in China.

und somit eine Anhörung im Parlament bekommen.

Die Petitionär\*innen werden dann vermutlich sehr viele Zahlen und Vorschläge aus dem nationalen Abfallwirtschaftsplan hören. Danach produzierten die Einwohner\*innen Luxemburgs rund 40 Kilo Plastikabfälle pro Kopf im Jahr 2014, was 18 Prozent der gesamten Hausmüllmenge entspricht. Das mag nicht so viel scheinen, aber das Recycling von Papier, Glas und Metall ist wesentlich unkomplizierter als das von Kunststoffen, bei denen die Qualität oft leidet oder die Verwertungsmöglichkeiten begrenzt sind. Ungefähr ein Drittel des Plastikmülls im Großherzogtum wird recycelt.

Valorlux – jene Organisation, die sich um den „blauen Sack“ kümmert – sammelte 2017 über 4.100 Tonnen Kunststoff. Allerdings sind das vor allem PET-Flaschen und HDPE-Behälter. Der Verpackungsmüll landet in den allermeisten Haushalten im Hausmüll und wird „thermisch verwertet“, also verbrannt. In einigen Gemeinden im Osten des Landes läuft ein Pilotprojekt: Im „grünen Sack“ werden auch Plastikverpackungen gesammelt und recycelt. Valorlux listet all seine Abnehmer auf seiner Website auf, sie stammen aus Deutschland, Frankreich und Belgien.

Ob die Verwertungsfirmen luxemburgischen Plastikmüll weiter nach Asien schicken, und ob er dann irgendwann im Meer landet, sich zersetzt und zu Mikroplastik wird? Das ist wohl schwer rauszufinden. Sicher ist allerdings: Der Reifenabrieb unserer Fahrzeuge landet ganz sicher irgendwann im Meer. Daran wird leider auch das Einwegplastik-Verbot der EU nichts ändern.

## 40 Kilo im Jahr

Das Einwegplastik-Verbot scheint einigen nicht zu reichen. Auf der Website des luxemburgischen Parlaments läuft bis zum 21. November eine Petition, die ein Verbot von Plastikverpackungen für Lebensmittel fordert. In der Realität dürfte solch ein Vorhaben schwierig umzusetzen sein. Zum Beispiel sind paradoxerweise oft Bio-Lebensmittel einzeln in Plastik verpackt. Supermärkte tun dies, um Kontamination mit konventionell angebauten Lebensmitteln zu vermeiden, die unverpackt im Laden stehen. Egal, wie realistisch die Petition ist: Sie wird sehr wahrscheinlich die nötigen 4.500 Unterschriften erreichen

**Prêt**  
mat 0% Zinsen\*  
oder mat reduziéiertem Zinssatz

**RENOVÉIERT**  
*am Respekt vun der Natur*

**Beantragen Sie einen KLIMAPRÊT**

Wir unterstützen Haushalte bei der energetischen Renovierung ihrer Wohnung mit einem zinslosen Kredit\* oder einem Kredit mit reduziertem Zinssatz.

\*zinsloser Kredit nur unter bestimmten Bedingungen

HOTLINE  
8002 10 10

www.logement.lu

LE GOUVERNEMENT  
DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG  
Ministère du Logement

In Luxemburg findet im Rahmen von „Rise for climate“ am 23. November ein Aktionstag zum Plastikkonsum statt. Siehe herausgepickt Agenda S. 6